

FWG verteidigt Entscheidung für den Kreisel

USINGEN Eigener Vorschlag vom Planer verworfen – Feindler: Eine Entscheidung für die Bürger

Der vom Stadtparlament im Dezember beschlossene Kreisel sorgt, zumindest was Planung und Details betrifft, auch weiterhin für mächtig Unmut, vor allem bei den Anwohnern im Westerfelder Weg. Den jüngst veröffentlichten Brief der Familie Buschmann an Bürgermeister Steffen Wernard (CDU) und Ortsvorsteher Joachim Brötz (FWG) nimmt FWG-Chef Hubertus Feindler zum Anlass, um noch einmal einiges klarzustellen und die Entscheidung der Freien Wähler noch einmal zu erläutern. Zur Erinnerung: CDU und FWG hatten einer großen Kreisel-Lösung in der Bahnhofstraße Ecke Westerfelder Weg zugestimmt, um den Verkehr besser abfließen zu lassen.



Hubertus Feindler

Aufgrund der städtebaulichen Entwicklung der letzten Jahre, wie zum Beispiel Schleichenbach I und II und der politisch gewollten innenstadtnahen Ansiedlung der Lebensmittelmärkte und Fachgeschäfte im Bereich „Am Riedborn“, „Bahnhofstraße“ und „Neuer Markt“, liegt bereits heute der Bedarf nach einer nachhaltigen Lösung für den Kreuzungsbereich Bahnhofstraße/Westerfelder Weg auf der Hand“, sagt Hubertus Feindler.

Weitere geplante Bauprojekte

auf dem ehemaligen Krankenhaus- und Schulgelände mit über 200 Wohneinheiten würden den Druck verstärken. „Der Forderung der Usinger Bürger nach einer Verbesserung der Verkehrsabläufe kann sich die FWG nicht verschließen“, so Feindler weiter. Deshalb habe sie eine Umbaumaßnahme vorgeschlagen, deren Inhalt es sei, eine Linksabbiegespur auf der Bahnhofstraße sowie eine Abbiegespur in beiden Richtungen im Westerfelder Weg zu bauen. Allerdings sei diese kostengünstige Ausführung aus verkehrstechnischen und rechtlichen Gründen vom Planer verworfen und vom Planungsbüro alternative Lösungsvorschläge vorgestellt worden, heißt es.

Verbesserung der Verkehrsabläufe

Um für die Linksabbieger in der Bahnhofstraße und im Westerfelder Weg sowie für die abbiegenden Busse die Situation zu entspannen und den Verkehr durchgängiger zu machen, habe sich die FWG dann auch im Hinblick auf die 60-prozentige Bezuschussung aus dem ISEK-Programm dazu entschieden, der vorgestellten Kreisel-Lösung zuzustimmen, erklärt Feindler. „Diese Lösung wird zu einer deutlichen Verbesserung der Verkehrsabläufe im Kreuzungsbereich führen und die heute durch Linksabbieger zu Verkehrsspitzenzeiten verursachten erheblichen Warteschlangen in beiden Straßen beseitigen.“

Die beiden anderen Varianten, speziell durch die Aufweitung des Einmündungsbereiches für Busse, die hingegen SPD und FDP als Mittel der ersten Wahl gesehen hätten, würde aus Sicht der FWG keinerlei Verbesserungen für den fließenden Verkehr bringen. „Dann kann man auch den jetzigen Zustand so belassen“, ist



Die FWG verteidigt die Entscheidung für einen Kreisel an der Ecke Westerfelder Weg und Bahnhofstraße.

FOTOS: SEIBT

Feindler überzeugt.

Eine merkliche Verkehrszunahme im Westerfelder Weg, wenn dieser mit einem Kreisel bebaut würde, wird es nach Meinung der FWG nicht geben. Im Gegenteil: Denn für die Anwohner, davon sind die Freien Wähler überzeugt, wird die beschlossene Lösung mit dem Kreisel eine deutlichere Entlastung bedeuten, da es weniger Wartezeiten im Kreuzungsbereich gebe.

Der verkehrliche Status des Westerfelder Weges stellt sich für die FWG völlig anders dar, als ihn die Familie Buschmann in ihrem offenen Brief beschreibt. „Der

Westerfelder Weg wurde bei der letzten Umbaumaßnahme als innerörtliche Durchgangsstraße eingestuft“, erinnert der FWG-Sprecher. „Die Anlieger des Westerfelder Wegs wurden entsprechend dieser Einstufung mit nur 50 Prozent an den Ausbaukosten beteiligt, bei einer Anliegerstraße wären es 75 Prozent gewesen“, erinnert Feindler.

Direkter Weg zu den Märkten

Die Fahrt durch den Westerfelder Weg in die Innenstadt und zurück sei für die Bewohner aus

Schleichenbach I und II längst keine Abkürzung mehr, sondern der direkte Weg zu den Märkten und umgekehrt.

Das Durchfahrtsverbot für Lkw müsse selbstverständlich weiter Bestand haben, aber eine Veränderung der bestehenden Verkehrsregelungen sei in der Planung auch gar nicht vorgesehen. Allerdings müsse auch seitens der Stadt darauf geachtet werden, dass diese Regeln eingehalten werden, eventuell müsse da auch noch mal nachjustiert und die Regelung verschärft werden.

Grundlage der Entscheidung für die FWG war die vorgelegte

Entwurfsplanung. Die jetzt folgende Ausführungs- und Genehmigungsplanung werde zeigen, ob zur Umsetzung der Maßnahme eine Planfeststellung oder ein Bebauungsplanverfahren notwendig sei. An dieser Stelle sei die Verwaltung gefordert.

Wichtig sei der FWG, dass die Entscheidung für den Kreisel nicht automatisch eine Entscheidung gegen die Anwohner sei, sondern eine für die Bürger, so Feindler. Die FWG stehe hinter ihrer Entscheidung und halte diese im Kreuzungsbereich der Bahnhofstraße für eine gute Lösung für Usingen.

TATJANA SEIBT

Versammlung des Gewerbevereins

Eschbach – Es ist noch ein wenig Zeit und sicherlich auch eine Frage der dann geltenden Corona-Regelungen und Auflagen, doch der Eschbacher Gewerbeverein möchte vorbereitet sein. Deshalb plant er die Jahreshauptversammlung nun erst einmal für Donnerstag, 22. April. Von 19 Uhr an treffen sich die Mitglieder auf dem Gelände der Tennisabteilung des TuS Eschbach. Sollten aber die Auflagen durch die Pandemie ein Treffen unmöglich machen, dann soll die Versammlung in Form einer Online-Konferenz stattfinden. Entsprechende Anmeldeunterlagen erhalten die Mitglieder dann rechtzeitig mit der Tagesordnung Anfang April.

TAS

Gelbe Heft auch im Bürgerbüro

Usingen – Das Gelbe Heft des Usinger Vereinsrings ist inzwischen an alle Haushalte verteilt worden, so die gute Nachricht. Nun kann es aber selbstverständlich sein, dass es auch den ein oder anderen gibt, der vielleicht kein Heft erhalten hat. Für diesen Fall gibt es noch Restexemplare im Bürgerbüro der Stadt Usingen. Alle gemeldeten Veranstaltungen der Vereine und Institutionen sind übrigens derzeit nur Planungen und davon abhängig, dass die Pandemie-Auflagen eine Umsetzung auch zulassen.

TAS

Abholtermine werden aktualisiert

Usingen – In vielen Haushalten spielt der Abfallkalender eine wichtige Rolle, um den Überblick über die Abholtermine der verschiedenen Abfallgefäße und den Gelben Sack zu behalten und vor allem die Gefäße rechtzeitig rauszustellen. Leider hat das zuständige Abfallunternehmen der Stadtverwaltung Usingen für die Altpapier-Entsorgung in den Stadtteilen versehentlich falsche Termine mitgeteilt, so dass die abgedruckten Termine im Abfallkalender des gerade begonnenen Jahres nicht korrekt sind, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt. Im derzeitigen Abfallkalender sind die Abfuhrtermine für das Altpapier in den Stadtteilen jeweils eine Woche zu spät abgedruckt. Seitens der Stadtverwaltung Usingen wird daher ein neuer Abfallkalender gedruckt und im Anschluss in den Stadtteilen verteilt. Die Abfuhr in den Stadtteilen am Mittwoch, 27. Januar, wird abgedruckt durchgeführt. All diejenigen, die den digitalen Abfallkalender verwenden und dafür entweder die Abfallerinnerung per Cityinfo-App oder aber den elektronischen Abfallkalender nutzen, werden gebeten, diesen erneut herunterzuladen und zu aktualisieren. Die neuen Abholtermine wurden dort nämlich bereits aktualisiert.

TAS

LESERMEINUNG

Mit Vernunft und Weitsicht handeln

Zu unserer Berichterstattung „Kurioses auf dem Flugblatt von 1977“ (TZ von Donnerstag, 21. Januar) erhielten wir folgenden Leserbrief: „Zu dieser Zeit war ich Fraktionsvorsitzender der CDU und damit in der ganzen Entwicklung aktiv. Die Motive der CDU für die Ablehnung der damaligen Planung waren zweierlei: Erstens die monströse Planung mit einer sinnlosen Landschaftsverwundung zu verhindern und zweitens, die Möglichkeiten auszuloten, eine sinnvollere Lösung zu finden, zum Beispiel in der Fortsetzung der Südtangente an die B 456 anzuschließen. Für diese Lösungsmöglichkeit sprach eine fundamentale Überlegung, nämlich die Entwicklung der Stadt in den nächsten 50 Jahren.“

Wer die Gemarkung und Topografie Usingens kennt, kommt zwangsläufig zu dem Ergebnis, dass eine sinnvolle Erweiterung der Kernstadt nur Richtung Eschbach erfolgen kann, aber genau durch diesen Bereich verläuft die Nordumgehungs-, also ein sinnloses Unterfangen. Vernunft und Weitsicht sind ein Anspruch, den ich an Politiker stelle, egal welcher Couleur. Zusammen mit dem Bürgermeister habe ich an den Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium teilgenommen, um die oben genannten Ziele zu erreichen, offensichtlich ohne Erfolg. Auch die heutige Planung halte ich im Interesse der Stadt für einen fundamentalen Fehler.“

Hermann Eberhardt
Usingen

Kultusminister zu Gast bei den Blickpunkten

Usingen – Auch wenn Corona derzeit die beliebten Diskussionsveranstaltungen mit dem Titel Usinger Blickpunkte derzeit eigentlich unmöglich machen, finden sie nun dennoch statt. Zwar nicht wie gewohnt im großen Saal, dafür aber im Internet und somit für quasi fast jeden zugänglich – und das ganz bequem von zu Hause aus.

Beim Webtalk Usinger Blickpunkte am Dienstag, 26. Januar, ist der Hessische Kultusminister Dr. Alexander Lorz zu Gast. Beginn der digitalen Veranstaltung ist um 18 Uhr. Wie auch in der Präsenz-Reihe zuvor moderiert der Journalist Meinhard Schmidt-Degenhard und stellt dabei das Thema „Bildung“ in den Mittelpunkt des Gesprächs mit seinem

Gast. Um an der Online-Veranstaltung teilzunehmen, ist eine Anmeldung bis Montag, 25. Januar, unbedingt erforderlich. Diese sollte bei der Katholischen Erwachsenenbildung Hochtanaunus (KEB) entweder per Mail an die Adresse ke.b.hochtanaunus@bistumlimburg.de oder aber telefonisch unter der Rufnummer (069) 8008718470 erfolgen.

Auch auf der Homepage der Stadt Usingen unter www.usingen.de gibt es noch einmal weitere Informationen zu den Usinger Blickpunkten, einer Diskussionsreihe der Katholischen Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit dem Lions Club Usingen-Saalburg, bei der schon so mancher prominente Gast begrüßt werden konnte.

TAS

LESERMEINUNG

Unterricht zu Hause wirft Fragen auf

Zum Thema Homeschooling erreichte uns folgender Leserbrief: „Homeschooling ist in Pandemiezeiten an der Tagesordnung. So weit, so gut. Viele Schulen senden auf diesem Weg auch komplett neuen Stoff an die Schüler. Das wirft Fragen auf. Jetzt steht plötzlich kein Lehrer mehr vor der Klasse, der den neuen Stoff vermittelt. Die Eltern müssen als Lehrer fungieren, sie sind aber in aller Regel keine Pädagogen und können zum Beispiel kein Englisch oder haben nur Grundkenntnisse. Das geht so nicht. Ein Pädagoge müsste dann auch in der Lage sein, von heute auf morgen ein Verkehrsflugzeug fliegen zu können. Und wenn es mit dieser Form doch möglich wäre, neues Wissen

an die Schüler zu bringen, hätte unser Kultusminister ein riesiges Einsparpotenzial noch nicht erkannt. Er könnte fast alle Lehrstellen abschaffen. Neue Lehrkräfte brauchen nur noch über die elektronischen Schulportale vermittelt werden und könnten, sozusagen als Nebeneffekt, sogar von Flensburg bis Garmisch gleich sein. Und in Schulgebäuden gäbe es keine Raumnott mehr, Neubauten und Renovierungen wären nicht mehr nötig. Aber allen Ernstes: Die Schulen sollten sich darauf beschränken, den im Unterricht in den Hauptfächern bisher vermittelten Stoff zu vertiefen. Und die Nebenfächer? Die braucht in Pandemiezeiten kein Schüler.“

Wilfried Velten
Grävenwiesbach

Beeindruckende Aktionen für den Kreisel

LAUBACH Ortsvorsteher erinnert sich gerne an Protestmarsch und Petition

Was haben wir erreicht, fragt sich Reiner Butz (SPD), der das Ruder des Laubacher Ortsbeirates an führender Position erneut übernommen hatte. Da fällt ihm einiges ein, auch wenn sich der Ortsbeirat nur zu drei Sitzungen in 2020 getroffen hat, plus erstmals einer gemeinsamen Sitzung mit allen Ortsbeiräten wegen der Friedhofsgestaltung.

„Bei zentralen Themen sollte das grundsätzlich gemeinsam gehandelt werden“, wünscht er sich. „Die Ergebnisse zu den unterschiedlichen Friedhofsgestaltungen mit einheitlichen Rahmenbedingungen fand ich prima“, lautet sein Fazit.

Das Beste seien die Aktionen rund um den Laubacher Kreisel gewesen, auch wenn das Ergebnis nicht das ist, was alle wollten. Dennoch sei eine solche partei- und ortübergreifende Aktion, bei der alle für ein Ziel eintreten, beeindruckend. Denn nicht nur der Protestmarsch, auch über 1100 Unterstützer der Petition über die Landesgrenze hinaus blieben in Erinnerung.

Etwas kleiner gedacht werden musste bei anderen Aktionen. Beispielsweise beim Streichen und Bepflanzen des Brunnens und der Aufstellung eines Bestandsplans der Ruhebänke. Doch da bleibt noch jede Menge Luft nach oben. Einige Wünsche hat der Ortsvorsteher noch offen.

„Ich habe schon mehrfach auch öffentlich dafür geworben, dass die Parlamentsitzungen abwechselnd in allen Ortsteilen stattfinden.“ Das trage sicherlich zur Akzeptanz bei, meint er.

„Ich hoffe, dass die Friedhofspläne jetzt zügig umgesetzt werden und der geforderte Vorfluter bald gebaut wird, damit wir auf der Stockheimer Seite beim nächsten Starkregen nicht ‚absaufen‘.“ Damit solche lokalen Themen zur Sprache kommen, sind viele engagierte Bürger nötig. Deshalb sei er sehr froh, dass viele auch junge und mitunter auch Neuwähler auf den Wahllisten stehen. „Leider nicht bei der SPD“, bedauert er. „Schön wäre es, wenn die vielen Listenkandidaten sich zukünftig alle einbringen würden.“

Die Jugend nicht vergessen

Persönlich würde es ihn freuen, wenn ihm das Vertrauen in Form von Wählerstimmen entgegengebracht würde. „Gerne würde ich mich dann auch wieder für den Vorsitz zur Verfügung stellen.“ Butz weiß aber, wie wichtig es ist, sich im Ortsbeirat weitestgehend von Parteiinteressen zu lösen und gemeinsam den Ort mit seinen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu zählt auch die leidige Suche nach einem Hausmeis-



Zusammen mit vielen anderen setzte sich Ortsvorsteher Reiner Butz (links) für einen Kreisel am Laubacher Kreuz ein. Eine Aktion, die er als beeindruckend bezeichnet.

FOTO: SCHWARZ-CROMM

ter für das DGH. Und auf die derzeitige Situation bezogen wünscht er sich, dass alle gesund bleiben, denn Menschen aller Altersgruppen müssten sich wieder begegnen können und in Vereinen aktiv ihre Freizeit miteinander gestalten. Das Vereins- und Dorfleben sollte vielleicht sogar gestärkt aus der Pandemie wiedererweckt werden, überlegt er, da dies jetzt mehr geschätzt werde. Traditionsveranstaltungen wie die Kerb oder Fremdensitzung werden schmerzhaft vermisst.

„Alle reden sicher zu Recht derzeit über die Gefährdung und Einschränkungen der Alten. Nur dürfen wir die Jungen so um die

20 dabei nicht vergessen“, warnt er. Er denke selbst gerne an diese tolle Zeit zurück, die von der heutigen Generation nur sehr eingeschränkt gelebt werden könne. „Und wenn sie sich dann mal eine kleine Freiheit erlauben, haken alle auf ihnen herum.“ Butz hofft daher darauf, dass die Jugend jetzt kräftig mithilft, die Pandemie zu besiegen.

Das Interesse an Politik und Wissenschaft sei groß wie lange nicht mehr. Vielleicht bleibe es auch in Zukunft erhalten. Davon könnte das Land profitieren. Auch eine Hoffnung: Dass viele im Ehrenamt bleiben.

MONIKA SCHWARZ-CROMM

Zahlen stehen für Existenzen

USINGEN Gewerbeverein lenkt den Blick auf den Einzelhandel

Der erste Lockdown in Deutschland vor fast einem Jahr stellte alle vor ungeahnte Herausforderungen. Speziell für die Gewerbetreibenden, aber auch für die Menschen, die auf einmal alles nach Hause verlegen mussten. Der Lockdown ging vorüber, mit Einschränkungen ging es für die Händler weiter, doch dann kam der nächste Lockdown, der nun zunächst bis Februar dauert und mit deutlich mehr Einschränkungen einhergeht.

Doch die Folgen dieses zweiten Lockdowns werden auch für die Usinger Unternehmen zunehmend spürbarer und existenzbedrohender, ist sich Ralf Müller, Vorsitzender des Gewerbevereins, sicher. „Die Lage einiger Unternehmen ist zwischenzeitlich prekär. Wenn die aktuelle Lage noch zwei bis drei Monate so anhält, wird das zu Corona-bedingten Geschäftsaufgaben führen.“

Beteiligung an Plakat-Aktion

Deshalb wollen auch die Usinger Einzelhändler nun an der bundesweiten Aktion „Wir machen auf... merksam“ beteiligen. Neben dem Schuhhaus „Schuh-Effekt“ ist auch der Warenladen Kraus mit von der Partie. Die Plakate werden in der Innenstadt bei Croco Diehl gedruckt und können dort abgeholt werden.

Mit der Aktion wollen die Innenstadthändler vor allem ihre Kunden, also die Bürger, auf den Ernst der Lage aufmerksam machen und für das Einkäufen in ihrer Heimatstadt sensibilisieren.

Das geht, wenn auch etwas anders als sonst, nämlich in vielen Geschäften immer noch. Innenstadthändler, die sich an der Aktion beteiligen wollen, können sich dafür übrigens beim Vorsitzenden Müller melden.

Dieser unterstreicht noch einmal, wie schwierig die Lage für die Usinger Unternehmen inzwischen ist. Einige würden bereits um ihre Existenz fürchten und ums Überleben kämpfen, berichtet der Geschäftsmann. Die Hoffnungen, die es noch im November auf ein schnelles Ende gab, wenn man sich nur zusammennähme, seien inzwischen der Realität gewichen. Aus Sicht des Vorsitzenden ist es daher unerlässlich, dass sich die Händler nicht nur in Usingen, sondern bundesweit vernetzen.

Die Lage spitze sich zu, so Müller. Bundesweit stehe eine Pleitewelle bevor, die inzwischen schon über 50000 Geschäfte betreffe. Doch das seien nicht einfach nur nackte Zahlen, sondern sie stünden für Existenzen, also Menschen mit Familie und Mitarbeiter, die nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll oder wie die Zukunft aussieht.

Der stationäre Innenstadt-Handel offenbare sich zunehmend als das schwächste Glied auf der Prioritätenliste.

Verärgert seien die Unternehmer aber nicht nur über die alltäglichen Beschränkungen, also beispielsweise die Schutz- und Hygienemaßnahmen, sondern über eine ungleiche Behandlung gegenüber den großen Ketten wie Aldi, Lidl oder Rewe.

Ungerechte Regelung

„Zu vermitteln ist immer weniger, dass der kleine Laden für Mode, Schuhe oder Haushaltswaren schließen muss, während die Großen diese Sortimente ohne Einschränkung weiter verkaufen dürfen. Als ungerecht wird auch empfunden, dass dem Gastgewerbe zum Beispiel durch die November-Hilfe Umsatzauffälle mit 75 Prozent ersetzt werden, während unzählige Händler leer ausgehen“, bringt es Müller auf den Punkt. Diese Ungerechtigkeit solle für weitere Missstimmungen sorgen.

In der Hoffnung, dass nun ein sichtbares Zeichen gesetzt wird, die Kunden sich über ihr Einkaufsverhalten noch mehr Gedanken machen, wollen sich die beiden Gewerbevereine aus den Nachbarcommunen Neu-Anspach und Wehrheim an der Aktion beteiligen.

TATJANA SEIBT